

# Wo GEHT'S LANG IN DIE POST-ERDÖL GESELLSCHAFT ?

## INTERVIEW MIT MARCEL HÄNGGI

„Ich habe den Eindruck, viele Menschen wären um eine entschleunigte Welt ganz froh.“

### Wie wird eine globale Erderwärmung von zwei Grad in verschiedenen Kontinenten diskutiert?

Die Erwärmung wird sich unterschiedlich auswirken – im Alpenraum etwa werden die Temperaturen doppelt so stark ansteigen wie im globalen Mittel. Wie groß das Klimabewusstsein in einem bestimmten Land ist, hat aber weniger damit zu tun als mit den politischen Kräfteverhältnissen. So ist Australien ein großer klimapolitischer Bremsen, obwohl das Land seit Jahren unter Dürren leidet. Der Grund dafür ist die starke und einflussreiche Kohlelobby.

### Deshalb fordern viele Klimagerechtigkeit...

Das ist an sich unbestritten, aber was heißt »gerecht« in einem globalen Kontext? Das war auch in Kopenhagen einer der zentralen Streitpunkte. Ein einfaches Konzept wäre, den verbleibenden Platz in der Atmosphäre pro Kopf aufzuteilen – jedem Mensch stünde gleich viel zu. Die Entwicklungsländer machen aber eine historische »Klimaschuld« geltend, weil die Industriestaaten nun 200 Jahre lang ungehindert Kohle und Erdöl verbrannt haben. Diese historische Schuld zu ignorieren, das sei – so sagte es mir ein indischer Klimaexperte –, als hätten die Reichen die Hauptgänge eines Festessens alleine gegessen. Und nun, wo das Dessert aufgetischt wird, heißt es: Lasst uns dieses gerecht verteilen!

### Sollte man künftig zwischen Luxusemissionen und solchen unterscheiden, die zur Gewährleistung der Menschenrechte notwendig sind?

Es gibt diese Vorschläge, was auch wieder schwierige Diskussionen nach sich zieht. Die Emissionen, die ein Krankenhaus verursacht,

würde man auf den ersten Blick sicher als Subsistenzemission bezeichnen. Wenn nun in diesem Krankenhaus aber Leistungen angeboten werden, die sich die meisten Menschen der Welt gar nicht leisten können, dann fragt sich, ob es sich nicht doch um Luxusemissionen handelt. Einer gerechten Lösung käme es wohl am nächsten, wenn jedem Menschen eine geringe Menge an Emissionen frei zustünde, während man für alles, was über diese Basismenge hinausginge, Emissionsrechte erwerben müsste.

### Es könnte doch auch eine andere Betrachtungsweise geben, die nicht an den Emissionen ansetzt, sondern dort, wo fossile Energieträger als Verursacher der Treibhausgase in das Wirtschaftssystem hineingepumpt werden...

In der Theorie spielt das keine Rolle: Wenn vorn doppelt so viele fossile Brennstoffe ins System rein gehen, kommen hinten doppelt so viele Emissionen heraus. Doch in der Praxis ist es wesentlich sinnvoller, den Kohlenstoff zu regulieren, den man ins System einspeist. Sonst ist es ein bisschen so, als würde man ein Rauchverbot erlassen und sagen, ihr dürft schon eine Zigarette anzünden, ihr dürft dann einfach nicht mehr ausatmen. So funktioniert der Emissionshandel der EU. Dieser legt fest, wie viele Emissionen ein Unternehmen verursachen darf. Nun gibt es natürlich Milliarden von Emissionsherden: jedes Auto, jeder Haushalt, jede Fabrik. Deshalb kann der Emissionshandel nur die großen Emittenten erfassen. Würde man am anderen Ende ansetzen, nämlich bei den Produzenten oder Importeuren fossiler Energieträger, könnte man mit vergleichsweise geringem Aufwand sämtliche Emissionen erfassen.

### Welche reelle Chance hat denn die Post-Erdölgesellschaft?

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die fossilen Energieträger mittelfristig ganz zu verlassen. Die Chancen dafür hängen stark von politischen Faktoren ab. Acht der zehn größten Konzerne der Welt sind Erdöl- oder Automobilkonzerne. Sie haben eine ungeheure Macht, Lösungen zu verhindern. Allerdings ist es schon nicht so, dass es die einfache technische Lösung gäbe, mittels derer wir weitermachen könnten wie bisher, wenn nur die bösen Konzerne den Bau von Windrädern nicht hintertreiben würden. Es geht nicht ohne eine Reduktion des materiellen Lebensstandards. Aber muss das schlecht sein? Ein Beispiel: Alle sagen, die Mobilität nehme zu. Das ist Unsinn. Was zunimmt, ist die Verkehrsleistung – doch gleichzeitig werden die Wege immer länger. Wir legen immer mehr Kilometer zurück, um gleich mobil zu bleiben. Eine Politik der kurzen Wege würde mehr Mobilität ermöglichen – bei weniger Verkehr, weniger Treibstoffverbrauch und weniger Landverschleiß. Wir könnten auf Verkehrsleistung verzichten, ohne dass wir das als Verzicht erleben würden. Deshalb setzt eine sinnvolle Klimapolitik nicht zuerst bei der Technik an, sondern bei den Infrastrukturen, der Raum- und Siedlungsplanung.

### Ein entschleunigtes Leben als Teil der Lösung?

Ich habe den Eindruck, viele Menschen wären um eine entschleunigte Welt ganz froh und könnten sich gut vorstellen, dass es mehr Spaß macht zu leben, wenn ich nicht die ganze Zeit das Gefühl habe, zu spät zu kommen.

Marcel Hänggi ist Autor des Buches „Wir Schwätzer im Treibhaus“, Zürich 2008. Interview: Martina Backes

## DYNAMO EFFECT

RADIOKAMPAGNE

Start am 22.1.10

### für eine klimagerechte Gesellschaft

Gibt es ein Leben nach der Erdölgesellschaft? Aktuelle politische Versuche, Energie einzusparen und Emissionen zu drosseln, geben kaum ausreichend Hoffnung. Sicher ist nur: verhandelt wird auf Hochtouren, emittiert auch, verbessert hingegen viel zu wenig. Der in Kopenhagen gescheiterte „Green New Deal“ kann die Frage, ob es ein Leben in einer Post-Erdölgesellschaft geben wird, noch bevor der Klimawandel die Lebensgrundlagen ruiniert hat, nicht zu seinen Gunsten entscheiden.

Das Ziel einer gerechten sowie ökologisch verträglichen Energiesicherheit für alle fordert nicht allein technologische Finesse. Die Energiefrage ist auch eine soziale und kulturelle. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Ernährung von vielen Millionen Menschen zeigen längst: Es bleibt keine Zeit für rhetorisches Kleinkochen, verschnörkelte Umwege und sachte Vorversuche. Gefragt ist eine völlige Neuorientierung, die einen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, ihrer Mobilitätskonzepte und Konsummuster beinhaltet.

Wichtig sind da sowohl kleine, bislang wenig bekannte Projekte als auch umfassende gesellschaftsverändernde Visionen, die nicht auf der großen politischen Agenda stehen. Jedenfalls sähe es ohne die kreativen Ideen eigenwilliger ErfinderInnen, die jenseits der festgefahrenen Klimapolitik völlig neue Wege beschreiben, in der Tat düster aus. Wir werden bei **Radio Dreieckland** über Initiativen berichten, die bereits vorgemacht haben, dass sich das Querdenken und Andershandeln lohnt. Es geht um Optionen der Energiegewinnung, der Produktion und des Konsums, um Wohnen und Mobilität. **Dynamo Effect – Die Radiokampagne für eine klimagerechte Gesellschaft** wird von Radio Dreieckland zusammen mit sechs europäischen PartnerInnen 2010 lanciert: Eine Kombination aus Radiofeature, Podcast, Fact Sheet und Event.

downloads unter [www.dynamoeffect.org](http://www.dynamoeffect.org)

## OHNE GESCHLECHTER- GERECHTIGKEIT KEIN GUTES KLIMA

**Klimagerechtigkeit wird oft als Gerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden verstanden, zwischen HauptverursacherInnen und Hauptbetroffenen. Klimaungerechtigkeit findet jedoch auch im kleinen Maßstab statt, nicht zuletzt zwischen Männern und Frauen.**

Verschiedene Menschen, auch in derselben Stadt, tragen aufgrund von Faktoren wie Einkommen, Bildung, Ethnizität und Alter unterschiedlich zur Klimakrise bei und sind in unterschiedlichem Maß betroffen. Gender zieht sich durch alle diese Differenzen durch. Frauen haben zum Beispiel einen kleineren „Carbon Footprint“, dies wurde bei Single-Haushalten für mehrere europäische Länder nachgewiesen, unabhängig von Einkommen oder Alter. Auch die Auswirkungen des Klimawandels sind geschlechtsspezifisch: Zusatzbelastungen kommen vor allem auf Frauen zu, die nach wie vor den Großteil der Versorgungsarbeit leisten. Ebenso können sich klimapolitische Maßnahmen unterschiedlich auswirken, zum Beispiel aufgrund niedriger Einkommen der Frauen. Andererseits verfügen Frauen über Wissen und Erfahrungen, wie dem Klimawandel begegnet werden kann, ihre Beteiligung an Entscheidungen in der Klimapolitik ist jedoch gering.



Der Weg aus der Klimakrise liegt in der Veränderung der Machtverhältnisse und einer tief greifenden Veränderung der Lebens- und Arbeitsweisen, rein technologisch ausgerichtete, meist männlich geprägte Lösungsvorschläge greifen zu kurz. Tendenziell „weiblich“ ist dagegen die Überzeugung, dass wir alle in unserem Alltag etwas zur Verminderung des Klimawandels beitragen können. Letztlich brauchen wir beides.

In den UN-Klimaverhandlungen setzt sich auch GenderCC – Women for Climate Justice, ein globales Frauennetzwerk, für Geschlechtergerechtigkeit ein. Die Botschaft: Die Genderdimension muss in allen Aspekten der Klimapolitik berücksichtigt werden. Durch zähe Aufklärungs- und Lobbyarbeit während vieler Verhandlungswochen konnte die gerechte Beteiligung von Frauen und die Berücksichtigung der Genderdimension an mehreren Stellen in die Verhandlungstexte eingebracht werden. In der weitgehend inhaltsleeren Vereinbarung, die die politischen Schwergewichte aus den rund 30 größten Staaten in den letzten zwei Tagen in Kopenhagen aushandelten, findet sich davon allerdings kein Wort mehr. Wir begreifen den Veränderungsprozess als Lernprozess und bleiben dran – im internationalen Prozess und auf nationaler und lokaler Ebene.

Gotelind Alber, [www.gendercc.net](http://www.gendercc.net)

# DIE 2000 WATT GESELLSCHAFT



**Klimagerechtes Handeln würde allen Menschen gleiche und gerechte Chancen einräumen. Das gälte für die Bewältigung der Folgen des Wandels und die Verteilung der Folgekosten ebenso wie für eine zu vereinbare Menge an Klimagasen.**

Will man die Klimaerwärmung auf zirka zwei Grad begrenzen, so dürfte eine ErdenbürgerIn im Durchschnitt nicht mehr als 2000 Watt Leistung verbrauchen. Dies würde bei gerechter Verteilung auf alle Menschen einigen Entwicklungsländern eine zum Teil erhebliche Steigerung des Treibhausgas-Ausstoßes ermöglichen. Für die Hauptverursacher des Klimawandels, die industrialisierten Länder, würde dies hingegen eine Reduktion um bis zu 90 Prozent bedeuten. In Deutschland wurden im Jahr 2007 pro EinwohnerIn durchschnittlich etwa 5500 Watt an Primärenergieleistung genutzt - in vielen armen Ländern weit unter 500 Watt.

Das Konzept einer 2000 Watt Gesellschaft (entwickelt an der Technischen Hochschule Zürich) geht von einer Primärenergieleistung von 2000 Watt pro ErdenbürgerIn aus (das sind 48 Kilowattstunden pro Tag). Es wird jedem Menschen ohne Unterschiede zugesprochen. Dabei ist entscheidend, wie diese Energie produziert wird: sie soll bis zum Jahre 2050 zu 75 Prozent aus regenerativen Energiequellen und zu höchstens 25 Prozent aus fossilen Energieträgern stammen. Derzeit teilen sich die durchschnittlich 5.500 Watt pro BürgerIn wie folgt auf: rund ein Viertel wird zum Wohnen benötigt (Strom, Heizung, Warmwasser), ein weiteres Viertel für Mobilität. Die übrigen 2.900 Watt verteilen sich auf den Konsum von Industrie- und Gewerbeprodukten, Dienstleistungen und den Güterverkehr. Beim Modell der 2000-Watt-Gesellschaft wären das anteilig ungefähr 500 Watt für Wohnen, 500 Watt für Mobilität und 1000 Watt für unseren restlichen Konsum.

Die Emissionen sollten insgesamt eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Person nicht übersteigen. Derzeit liegt der Verbrauch in Deutschland bei rund elf Tonnen pro Person. Und hier sind die Emissionen des Flugverkehrs oder auch diejenigen, die bei der Produktion von Importwaren anfallen, noch nicht mitberücksichtigt. Dennoch wäre vieles machbar: Passivhäuser, verbrauchen nur 400 Watt pro Person zum Wohnen; Stadtteile mit kurzen Wegen und multimodalen Verkehrskonzepten richten sich am Bedarf von 500 Watt für Mobilität aus.

Im Modell der 2000 Watt Gesellschaft müsste diese so genannte graue Energie, die in importierten Dienstleistungen und Gütern steckt, aufgrund der globalen Perspektive mit bedacht werden. So wird zum Beispiel in Indien oder Mexiko ein erheblicher Anteil der dort verbrauchten Energie in so genannten Exportproduktionszonen eingesetzt, obwohl die hergestellten Waren in anderen Weltregionen konsumiert werden. Die Herstellung eines Computers entfällt bislang auf dasjenige Land, in dem die Bestandteile des Computers produziert werden. Eine klimagerechte globale 2000 Watt Gesellschaft müsste diese graue Energie den EndverbraucherInnen zuschlagen - nur dann wäre das Modell eine Annäherung an mehr Gerechtigkeit.

*Dynamo Effect*



FOTO: THE WORLD WANTS A REAL DEAL/ FLICKR

**Coloradio** (Dresden)  
98,4 \* 94,3 MHz [www.coloradio.org](http://www.coloradio.org)

**Free FM** (Ulm)  
102,60 MHz [www.freefm.de](http://www.freefm.de)

**Freies Radio Kassel**  
105,8 MHz [www.freies-radio.org](http://www.freies-radio.org)

**Freies Radio Freudenstadt**  
100,1 / 89,2 / 104,1 MHz [www.radios-fds.de](http://www.radios-fds.de)

**Freies Radio Stuttgart**  
99,2 MHz [www.freies-radio.de](http://www.freies-radio.de)

**HSF Ilmenau**  
98,1 MHz [www.hsf.tu-ilmenau.de](http://www.hsf.tu-ilmenau.de)

**Kanal Ratte** (Schopfheim)  
104,5 MHz [www.kanal-ratte.de](http://www.kanal-ratte.de)

**Offener Kanal Bremen**  
92,5 MHz [www.radioweser.tv](http://www.radioweser.tv)

**Offener Kanal Jena**  
103,4 MHz [www.radio-okj.de](http://www.radio-okj.de)

**Offener Kanal Nordhausen**  
100,4 MHz [www.ok-nordhausen.de](http://www.ok-nordhausen.de)

**OS Radio 104.8** (Osnabrück)  
104,8 MHz [www.osradio.de](http://www.osradio.de)

**Querfunk** (Karlsruhe)  
104,8 MHz [www.querfunk.de](http://www.querfunk.de)

**RaDar** (Darmstadt)  
103,4 MHz [www.radiodarmstadt.de](http://www.radiodarmstadt.de)

**Radio ARA** (Luxemburg)  
103,3 MHz [www.ara.lu](http://www.ara.lu)

**Radio Blau** (Leipzig)  
99,2 MHz [www.radioblau.de](http://www.radioblau.de)

**Radio Corax** (Halle)  
95,5 MHz [www.959.radiocorax.de](http://www.959.radiocorax.de)

**Radio Dreyeckland** (Freiburg)  
102,3 MHz [www.rdl.de](http://www.rdl.de)

**Radio Flora** (Hannover)  
[www.radioflora.de](http://www.radioflora.de)

**Radio FREI** (Erfurt)  
96,2 MHz [www.radio-frei.de](http://www.radio-frei.de)

**Radio LOHRO** (Rostock)  
90,2 MHz [www.lohro.de](http://www.lohro.de)

**Radio LORA** (München)  
92,4 MHz [www.lora924.de](http://www.lora924.de)

**Radio Meißner Eschwege** 96,5/99,4  
99,7/102,6 MHz [www.rundfunk-meissner.org](http://www.rundfunk-meissner.org)

**Radio Quer** (Mainz)  
[www.radio-quer.de](http://www.radio-quer.de)

**Radio T** (Chemnitz)  
102,7 MHz [www.radiot.de](http://www.radiot.de)

**Radio Unerhört** (Marburg)  
90,1 MHz [www.radio-rum.de](http://www.radio-rum.de)

**Radio Z** (Nürnberg)  
95,8 MHz [www.radio-z.net](http://www.radio-z.net)

**Stadtradio Göttingen**  
107,1 MHz [www.stadtradio-goettingen.de](http://www.stadtradio-goettingen.de)

**StHörfunk** (Schwäbisch Hall)  
97,5 / 104,8 MHz [www.sthoerfunk.de](http://www.sthoerfunk.de)

**Uni Radio Freiburg**  
88,4 MHz [www.echo-fm.uni-freiburg.de](http://www.echo-fm.uni-freiburg.de)

**Wüste Welle** (Tübingen) 96,6 / 97,45 MHz,  
101,15 MHz [www.wueste-welle.de](http://www.wueste-welle.de)

**WWW.DYNAMOEFFECT.ORG**

## KLIMASCHUTZ DURCH ATOMENERGIE

### KEINE GERECHTE LÖSUNG

**Atomenergie zum Klimaschutz einzusetzen heißt, ein Risiko durch ein anderes zu ersetzen. Atomenergie ist weder eine ökologisch sinnvolle noch sozial gerechte Lösung für die Eindämmung des Klimawandels.**

Die Risiken und Folgen der Atomenergie tragen nicht diejenigen, die von ihr profitieren, sondern zu einem erheblichen Teil die Bevölkerung in den Uranabbaugebieten. 70 Prozent der Uranvorkommen liegen im Siedlungsgebiet indigener Bevölkerungsgruppen. Die gefährlichen Umweltauswirkungen des Uranabbaus zerstören ihre Lebensgrundlagen und ihre Gesundheit.

In der deutschen Bevölkerung ist die Ablehnung der Atomenergie gleichbleibend hoch. Zu Recht, denn sie ist weder CO<sub>2</sub>-neutral noch klimafreundlich. Eine Technologie, die es in 40 Jahren nicht geschafft hat, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden, hat keine Zukunft. So formulierte es der neue deutsche Umweltminister kürzlich in aller Öffentlichkeit. Es sind vor allem Frauen, die sich überall in der Welt gegen die Nutzung der Atomenergie aussprechen. Doch wo sind diese Frauen bei der aktuellen Diskussion über Laufzeitverlängerungen oder mögliche Neubauten von Atomkraftwerken? Selten sitzen sie in Positionen, in denen sie über Energiepolitik entscheiden oder in denen ihre Meinung gehört und von den Medien wiedergegeben wird. Oftmals fühlen sie sich nicht informiert genug, um in eine Diskussion über Klimaschutz, Versorgungssicherheit oder Energiepreise einzusteigen.

**Die Emissionen des Atomstroms liegen je nach Herkunft des Urans zwischen 31 und 131 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde – bei Windkraft sind es zirka 23 Gramm.**

**aktiv  
FRAUEN GEGEN  
ATOMENERGIE**

Das Projekt Frauen aktiv gegen Atomenergie bestärkt Frauen darin, ihre Meinung zur Atomenergie deutlich zu machen, sich zu informieren und ihr Wissen zu nutzen. Einen aktuellen Anlass bietet der Internationale Frauentag am 8. März 2010. Bundesweit sind Frauen aufgerufen, in ihren Städten und Gemeinden Informationsstände, Stromwechselaktionen, Filmvorführungen oder Aktionen gegen Atomenergie durchzuführen. Frauengruppen, die aktiv werden wollen, werden mit Informationspaketen, Trainings, Aktionsvorschlägen, Aktionsleitfäden und persönlicher Beratung unterstützt.

Die Webseite [www.frauengegenatom.de](http://www.frauengegenatom.de) zeigt Wege zum Stromwechsel auf und eine monatlich wechselnde „Atomausstiegs-Aufgabe“ gibt Anregungen, wie der Atomstrom weggespart werden kann. Lassen wir uns nicht entmutigen. Der Klimagipfel in Kopenhagen hat gezeigt, dass wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen müssen. Packen wir es an.

*Ulrike Röhr, Mareike Korte*

**Kontakt: 030.308798-31 / [info@frauengegenatom.de](mailto:info@frauengegenatom.de)**

**Konfliktfeld Klimawandel - mehr dazu in der ersten Sendung von Dynamo Effect bei Radio Dreyeckland am 22.1.10**



# ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

## EINE WIRTSCHAFTLICH EIGENSTÄNDIGE BÜRGERBEWEGUNG FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Seit über neunzig Jahren halten in Deutschland einige kleine Elektrizitätsgenossenschaften dem Monopolisierungsdrang auf dem Energiemarkt stand. Gleichzeitig gründen sich neue Energiegenossenschaften. Monatlich sind etwa fünf Neugründungen zu beobachten - mit steigender Tendenz.

Unter den neuen Energiegenossenschaften dominieren die Energieproduktionsgenossenschaften. Dies sind wirtschaftliche Zusammenschlüsse, deren Mitglieder gemeinsam Energie, oftmals Ökostrom oder Biogas, herstellen und vertreiben und die Einnahmen untereinander aufteilen. Fälschlicherweise werden sie häufig als Beteiligungsgenossenschaften bezeichnet. Der eigentliche Unternehmenszweck ist jedoch die Energieerzeugung, in den letzten Jahren zunehmend eine umweltverträgliche Energieerzeugung. Klimagerechtigkeit gehört durch die demokratischen Strukturen und einer Nutzer orientierten statt Investor orientierten Strategie zum Selbstverständnis aller neuen genossenschaftlichen Ansätze.

Unter den Neugründungen dominieren Fotovoltaikgenossenschaften, also Zusammenschlüsse von Mitgliedern, die gemeinsam Solarkraftwerke erstellen und betreiben. Ihre Zahl liegt bundesweit bei über hundert. Die Gründung erfordert viel Detailwissen, von der Satzung über die Wirtschaftsplanung, die Projektentwicklung für die Photovoltaikanlagen bis hin zur Festigung des Gruppenzusammenhalts. Um den GründerInnen diese Anforderungen zu erleichtern, startet die innova eG, die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und die Evangelische Arbeitsstelle in Rheinland Pfalz ein Modellprojekt: eine Qualifizierung zur Projektentwicklerin für Energiegenossenschaften.

Das Angebot wird von der Landeszentrale für Umweltaufklärung, einer Stabsstelle des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz, gefördert. Es richtet sich ab Anfang März an diejenigen, die eine konkrete Energiegenossenschaftsgründung im Auge haben. Mehrtägige Seminare werden mit einer sechswöchigen Online-Phase kombiniert, in der die Teilnehmenden den Lernstoff über das Internet bearbeiten.

Burghard Flieger

**Ev. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft**  
www.energiegenossenschaften-gruenden.de  
info@energiegenossenschaften-gruenden.de



## ENERGIE IN BÜRGERHAND

Zu den ungewöhnlichsten Energiegenossenschaften gehört Energie in Bürgerhand (EiB). Nicht nur mit dem Bau eigener Energieanlagen, sondern auch mit Einfluss auf das fünftgrößte Energieunternehmen in Deutschland möchte EiB zur Energiewende beitragen.

Das Ziel, sich mit mindestens 40 bis 50 Millionen Euro Eigenkapital bei der Thüga AG zu beteiligen, rückt immer näher. In nur neun Monaten sind mehr als 4.000 BürgerInnen mit 25 Millionen Euro dabei. „Mit schon 500 Euro“, so wirbt EiB, kann man sich beteiligen.

Um einer Zwangsenteftung durch das Kartellamt vorzubeugen, hat der Energiegigant E.ON große Teile seiner Tochter Thüga verkauft. Der Kaufpreis lag bei knapp 2,9 Milliarden Euro. Eigentümer der neuen Thüga sind die Stadtwerke Hannover, Frankfurt und Nürnberg mit jeweils 20,75 Prozent. Die verbleibenden 37,75 Prozent gehören der Kom9 GmbH & Co. KG, einer Gruppe von etwa 46 Stadtwerken. Da die neue Thüga ihrerseits



Foto: Uli Zaiser

weiteres Kapital benötigt und nach weiteren PartnerInnen Ausschau hält, stehen die Chancen für die EiB gut. Am wahrscheinlichsten ist derzeit, dass EiB Teil der Kom9 wird.

Ökologische Ziele der EiB sind: die Demokratisierung der Energiewirtschaft durch Dezentralisierung, der Ausstieg aus der Atomenergie, der Ausbau der Erneuerbaren sowie die Förderung der Energieeinsparung und Energieeffizienz. Aus Sicht vieler ExpertInnen ist die neue Thüga als kommunales Unternehmen die ideale Partnerin für die Umsetzung der sozialen und ökologischen Ziele der EiB. Eine einmalige Chance, sich mit BürgerInnen vor Ort an Energiefragen stärker zu beteiligen und für ehrliche Preise und klare Strukturen einzusetzen.

Jörg Lange



**Energie in Bürgerhand eG** [www.energie-in-buergerhand.de](http://www.energie-in-buergerhand.de)  
Merzhäuserstraße 177 info@energie-in-buergerhand.de  
79100 Freiburg Tel. +49 (0)761 5904188 Fax -187

# ÜBER DEN WOLKEN

„Wäre der Tourismus ein Land, so stände dieses auf Platz 5 der Klimaverursacher, direkt hinter den USA, China, der EU und Russland.“

Mit dieser Analyse verweist Anita Pleumarom in der Studie „Change Tourism, Not Climate!“ auf einen blinden Fleck der Klimadebatte: Bisher wird der Tourismus als Verursacher des Klimawandels kaum erfasst.

Inzwischen trägt er mit rund fünf Prozent zu den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Tourismus und Freizeitaktivitäten verursachen zudem starke Landschaftsschäden: Riffe sterben, alpine Hänge werden entwaldet, küstennahe Gewässer verschmutzt. Die natürlichen Schutzmechanismen von Bergregionen und Küsten vor extremen Witterungen werden so geschwächt. Häufige Regenfälle, zunehmende Trockenheit, steigende Gezeiten, Wirbelstürme und Hochwasser sind die Folge. Das Risiko von Flutwellen, Erdbeben und Lawinenabgängen steigen. Die Bevölkerung, die in touristischen Regionen lebt, ist von den Auswirkungen der Klimaveränderung häufig besonders hart betroffen. Zugleich wird die Grundlage vieler Tourismussektoren – die naturnahe Landschaft – zerstört.

Luxushotels, Skilifte, Grünanlagen und Freizeitparks sind energetisch aufwändig. Ihre Stromversorgung, aber auch die Süßwasseraufbereitung auf Inseln, die Abwasser- bzw. Abfallentsorgung und der Import von Verpflegung und Luxusgütern kosten Energie.

Klimawirksame Emissionen entstehen vor allem bei der Anreise zum Ferienort. Ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands fliegt mindestens einmal im Jahr. Allein der Flugverkehr, der neben CO<sub>2</sub> weitere klimaschädliche Gase in großer Höhe produziert, ist für neun Prozent des Treibhauseffektes verantwortlich. Nach Angaben des Weltklimarats wird sich der Anteil des Luftverkehrs an der globalen Erwärmung ohne Gegenmaßnahmen auf 15 Prozent in 2050 erhöhen. Das Umweltbundesamt erwartet für den Flugverkehr eine Zunahme der Treibhausgasemissionen in Europa bis 2012 um 150 Prozent gegenüber 1990.

Insbesondere Fernreisen fallen ins Gewicht – und da die Deutschen ReiseweltmeisterInnen sind, ist die im Ausland verursachte Klimaschuld hoch. Sie wird allerdings nicht in der nationalen Emissionsbilanz wiedergegeben.

**Über den Wolken - Tourismus & Klima in der Sendereihe Dynamo Effect**

Die Emissionen des Internationalen Flug- und Schiffverkehrs sind bisher vom Kyoto-Protokoll ausgenommen – die Emissionen grenzüberschreitender Flüge wurden nicht in die Ziele des auslaufenden Klimavertrages einbezogen. Was aus den Plänen der EU wird, die Emissionen durch den Flugverkehr ab 2012 in den Europäischen Emissionshandel einzubeziehen, ist nach dem Scheitern von Kopenhagen offen.

www.iz3w.org

Change Tourism, Not Climate! www.twinside.org.st  
„Schall und Rauch - Die Misere der Klimapolitik“ in der nord-südpolitischen Zeitschrift iz3w 306.

## Kein Freikauf von der Klimaschuld

Da es keine klimaneutralen Flugmotoren gibt, ist die Idee verbreitet, die Klimagase an anderer Stelle wieder „einzufangen“, indem in Klimaschutzprojekte investiert wird. Anbieter wie Atmosfair oder MyClimate berechnen die CO<sub>2</sub>-Emissionen einer Reise je nach Verkehrsmittel und Wegstrecke und legen dann den Preis für eine „Kompensation“ fest. KäuferInnen dieser Leistung lassen sich Einsparungen auf ein persönliches Konto gutschreiben und glauben, dafür an anderer Stelle genauso viel Emissionen ausstoßen zu dürfen - und so ohne Klimaschuld zu fliegen. Man erhofft sich aus den erkauften Kompensationen – die vielleicht den Aufbau einer Windkraftanlage mitfinanzieren – ein Nullsummenspiel und spricht dann von „klimaneutralen“ Flügen.

In der Praxis werden jedoch mit der Kompensation Treibhausgase, die tatsächlich ausgestoßen werden, mit Treibhausgasen verrechnet, die künftig vermieden werden sollen. Doch mit der Windkraftanlage sind die vom Flugzeug ausgestoßen Klimagase noch lange nicht eingefangen. So werden hypothetische Reduktionen und reale Emissionen gleichgesetzt. Sicher ist der Aufbau von Windkraftanlagen in einem Entwicklungsland, finanziert durch Kompensationszahlungen, sinnvoll. Doch dadurch werden Dieselgeneratoren nicht eingestampft (und durch Windkraft ersetzt), sondern parallel betrieben. Wer mit gutem Gewissen besser fliegt, fliegt vielleicht auch öfter. Damit würden die realen Emissionen sogar steigen.

iz3w



Foto: M. Backes

# ENERGIE HUNGER - NEIN DANKE

Das Prinzip klingt einfach: pflanzliches Material wird in einer Raffinerie zu Benzin und Diesel adäquaten Kraftstoffen verarbeitet. Schon zu Beginn der Klimadiskussion glaubten einige große Umweltverbände und PolitikerInnen aller Couleur, ein Wundermittel gegen den Klimawandel aufgetan zu haben: Diesel aus Soja oder Raps, Benzin aus Mais, Weizen, Zuckerrohr oder Cassava sollten den Ausstoß von Treibhausgasen radikal vermindern. Deutschland und die EU fördern den Verbrauch von Agrartreibstoffen durch rechtlich verbindliche Beimischungsquoten. Zum 1. Januar ist diese in Deutschland um ein Prozent auf 6,25 Prozent angestiegen.

Brasilien hat seit den 1970er Jahren Erfahrungen mit der Produktion von Treibstoffen aus Pflanzen gemacht. 2004 legte das Land ein Förderprogramm für Agrartreibstoffe auf, das die Produktion von Agrardiesel steuerlich begünstigt. Seit 2008 existiert in Brasilien auch eine Beimischungspflicht, die derzeit bei vier

**In der Sendung *Kein Acker für Otto Diesel geht es um Agrartreibstoffe, Regenwälder und Ernährungssicherung***

Prozent liegt. Alkohol aus Zuckerrohr kann man in Brasilien schon seit den 1970er Jahren direkt als Benzinersatz tanken – 2008 wurde erstmals wieder mehr Alkohol als Benzin verfahren. Brasilien ist einer der größten internationalen Lieferanten für Agrartreibstoffe. 2008 exportierte das Land rund ein Fünftel seines

Ethanol, etwa die Hälfte davon in die USA. Agrardiesel wird hingegen (noch) primär für den Eigenverbrauch produziert.

Die Förderung von Agrartreibstoff hat in Brasilien zu einer massiven Ausweitung der Anbauflächen geführt. GroßgrundbesitzerInnen, die Land in der Größe des Saarlandes besitzen, bauen Zuckerrohr, Soja und Mais in Monokulturen an. Der Anbau von Zuckerrohr soll in den nächsten fünf Jahren verdreifacht werden. Im Bundesstaat São Paulo sind viele Gemeinden von Plantagenmeeren umzingelt. Die Produktion von Grundnahrungsmitteln geht zurück, regionale Wirtschaftskreisläufe brechen zusammen.

Kleinbauern verfügen häufig nicht über Besitztitel an ihrem Land und müssen daher oft weichen, um Plantagen Platz zu machen. Landvertreibungen haben besonders in den Regionen zugenommen, in denen verstärkt Agrartreibstoffe angebaut werden. Ihre oft ungeklärte Rechtsituation macht die Kleinbauern und -bäuerinnen zu den Verlierern des Agrartreibstoffbooms. Zertifikate, wie die EU sie für den Import von Agrartreibstoffen vorsieht, können hier nicht greifen, denn sie setzen voraus, dass die Rechtssituation im Produzentenland geklärt ist.

Und klimaschonend ist der Anbau von Agrartreibstoff nicht: Die Ausweitung des Zuckerrohranbaus zur Ethanolgewinnung hat in Brasilien zur Folge, dass Viehzucht und Sojaanbau verdrängt werden und weiter in die



FOTO: M. BACKES

Regenwaldgebiete Amazoniens rücken. Der Energiehunger führt zunehmend zu Abholzung, und das in den Wäldern gespeicherte CO<sub>2</sub> gelangt in die Atmosphäre. Zwei Drittel der brasilianischen Treibhausgasemissionen stammen aus solchen Landnutzungsänderungen. Brasilien ist damit weltweit der fünfgrößte Verursacher von Treibhausgasen.

So gesehen können Agrartreibstoffe nicht zu mehr Klimagerechtigkeit beitragen. Sie reduzieren keineswegs Treibhausgasemissionen, sondern verursachen neue. Auch zementieren sie letztlich die ungerechte Verteilung dieser Emissionen – international wie auch innerhalb eines Landes. Denn mit den Agrartreibstoffen subventioniert Brasilien seine AutofahrerInnen, für die der Treibstoff aufgrund der Steuerbefreiung günstiger zu haben ist.

Dies geschieht auf Kosten aller SteuerzahlerInnen, die sich kein Auto leisten können. In den Industrieländern wiederum suggerieren Agrartreibstoffe eine Scheinlösung, die ihnen als Hauptverursacher des Klimawandels das Umdenken ersparen soll. Zudem leidet vor allem die Bevölkerung in den Anbaugebieten an den Folgen: Erntehelfer arbeiten unter sehr schlechten Bedingungen, der Boden verliert an Fruchtbarkeit, Lebensmittel fehlen – auch hier also von Klimagerechtigkeit keine Spur.

**Das Brasilienetzwerk KoBra** (Kooperation Brasilien e.V.) setzt sich gemeinsam mit anderen Organisationen aus dem Freiburger Netzwerk „**EnergieHunger – Nein Danke!**“ für ein anderes Energiemodell mit mehr Klimagerechtigkeit ein.

Kirsten Bredenbeck KOBRA

## STATT MONOKULTUR ▶ NAHRUNG UND GUTES KLIMA

**Die Klimakrise ist eine Ernährungskrise** Das Welternährungssystem ist für rund die Hälfte unserer Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die weltweite Umstellung auf ökologische Anbaumethoden könnte einer der wichtigsten Auswege aus der Klima- und Ernährungskrise sein. Dafür wären radikale Änderungen im Ernährungssystem und ein Abschied von der industriellen Produktionsweise notwendig.



FOTO: CINEREBELDE

Die industrielle Landwirtschaft und moderne Lebensmittelproduktion tragen maßgeblich zur aktuellen Krise bei. Der massive Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden, die Ausweitung der Fleischindustrie und die Zerstörung der Savannen und Wälder weltweit, um landwirtschaftliche Güter anzubauen, sind für rund ein Drittel der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Außerdem verschlingt die Verwandlung von landwirtschaftlichen Produkten in industriell hergestellte Lebensmittel eine kolossale Menge an fossilen Brennstoffen. Um eine Kalorie Essen auf den Teller zu bringen, braucht dieses System durchschnittlich zehn Kalorien an fossilen Brennstoffen: für Transport, Verarbeitung, Kühlung, Lagerung, Verpackung, Vermarktung, den Einkauf und schließlich die Zubereitung.

Addiert man alle zugehörigen Emissionen, ist es keineswegs eine Übertreibung zu sagen, dass rund die Hälfte der weltweiten Treibhausgasemissionen auf das Ernährungssystem zurückzuführen sind.

**In der Sendung *Energieerzeugung aus Holz geht es ums Heizen mit Holzpellets und um den Wald als CO<sub>2</sub> Senke***

**Hunger im Treibhaus** Derzeit hungern eine Milliarde Menschen. Der Klimawandel wird diese Situation noch verschärfen: Steigende Temperaturen, Dürren, Überschwemmungen, Wasserknappheit und Ernteauffälle werden weitere Millionen Menschen in die Reihen der Hungernden treiben. Die NutznießerInnen hingegen stehen schon fest. Während der Ernährungskrise im Jahr 2008 haben Lebensmittel- und Saatgutkonzerne, sowie Düngemittelhersteller die saftigsten Gewinne ihrer Geschichte eingefahren.

Und der Klimawandel lockt weiter mit Gewinnaussichten. Eine Fülle an angeblich klimafreundlichen Verfahren und Technologien werden zur Zeit massiv von der Agrarindustrie vorangetrieben: Agrartreibstoffe, Biochar (Biokohle) und ‚climate-ready‘ Gensoja, sowie genmanipulierte Rinder, die weniger Methan bei der Verdauung produzieren sollen. Die Intensivierung der Landwirtschaft als Strategie zur Milderung des Klimawandels ist jedoch ein Trugschluss. Diese falsche Lösungen bewirken eine Verschärfung der aktuellen Probleme.

**Kein Ausweg ohne radikale Änderungen** Ein umfassender Wandel der landwirtschaftlichen Produktion und unserer Ernährungsgewohnheiten sind notwendig, um die Klimakrise zu lindern:

- ▶ **Weltweite Umstellung auf ökologische Anbaumethoden und ein progressiver Wiederaufbau der Bodenfruchtbarkeit, um Treibhausgasemissionen im Erdboden zu binden.**
- ▶ **Abschaffung der Massentierhaltung und eine Reduzierung des Konsums an tierischen Produkten um mindestens die Hälfte.**
- ▶ **Bezug und Vertrieb von frischen, saisonalen Lebensmitteln aus regionalen Märkten um Transportwege, industrielle Verarbeitung und Kühlungsperioden zu minimieren.**
- ▶ **Sofortiger Stopp von Waldvernichtung und Landnutzungsänderungen.**

Unterm Strich könnten diese grundlegende Änderungen im Ernährungssystem eine Reduzierung zwischen 50 und 75 Prozent der globalen Emissionen bewirken. Die Hürden zur Umsetzung dieser Änderungen sind keine technologischen, sondern eher machtpolitische und kulturelle. Die aktuellen Trends zur Monopolisierung von Saatgut, Landkonzentration und Ausweitung von Monokulturen müssen umgekehrt werden.



Millionen von Menschen und Gemeinschaften müssen wieder Zugang zu Land bekommen, damit sie sich an der Entwicklung eines nachhaltigen, klimagerechten Ernährungssystems beteiligen könnten. Die Klimakrise gewinnt rapide an Fahrt. Die Zeit wird knapp. Die Entkopplung unseres Ernährungssystems von den fossilen Brennstoffen ist eine gewaltige Herausforderung für unsere Gesellschaft. Je früher wir handeln, umso besser sind unsere Aussichten auf Erfolg.

Thesen aus: *Seedlings* (Hg. GRAIN). Zusammengestellt v. L. Ibarra. **Mehr bei: [www.grain.org](http://www.grain.org)**

**KONTAKT** Dynamo Effect - Radiokampagne bei Radio Dreyeckland gBetriebs-GmbH, Adlerstraße 12, 79098 Freiburg, Tel. (0761) 30407+32092 **Email:** [eercampaign@rdl.de](mailto:eercampaign@rdl.de)

### Impressum

Herausgeber: **RADIO DREYECKLAND e.V.**  
Redaktion: Martina Backes (V.i.S.d.P.), Eva Gutensohn, Luciano Ibarra, Anna Trautwein.

**Fotos:** Seite I: Ch. Disch/Version und genderrc; Seite II u. III: [www.photocase.com](http://www.photocase.com); Seite III: Uli Zaiser

**Layout:** Martina Backes. **Auflage:** 90.000. Gefördert von der Europäischen Energie Agentur. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Radio Dreyeckland, Adlerstraße 12, 79098 Freiburg, Telefon (0761) 30407. **[www.rdl.de](http://www.rdl.de)**